

PRESSEMITTEILUNG 161 – 17.09.2025

Martin Habersaat

Leitfäden sind nicht, was den Schulen am dringendsten fehlt

Zum heute vorgestellten neuen Notfallwegweiser und Leitfaden für Prävention und Intervention für Schulen sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„In der Datenbank zum Gewaltmonitoring wurden im Schuljahr 2023/24 1.136 Gewalttaten verzeichnet; im Vergleich zum vorherigen Schuljahr ein Plus von 86% auf Landesebene. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde gab es ein Plus von 150%. Die Taten umfassen Körperverletzungen, Raub, psychische Gewalt, Drohung, Erpressung, Mobbing und Sexualdelikte. Selbst an Grundschulen gab es 44 Fälle psychischer Gewalt und 166 Fälle von Körperverletzungen im vergangenen Schuljahr. Auch rechte Gewalt, Medienkonsum und Suchtverhalten sind Themen an den Schulen. Es ist deshalb richtig, Wegweiser (der alte Notfallwegweiser stammte aus dem Jahr 2009) und Leitfäden auf dem neuesten Stand zu halten. Aber es muss auch klar sein: Wegweiser und Leitfäden sind nicht, was unseren Schulen am dringendsten fehlt.

Aktuell streicht die Landesregierung den Schulen hunderte Lehrkräfte, vor allem an den Gemeinschaftsschulen. Noch immer gibt es Schulen ohne Schulsozialarbeit, dabei werden sie im aktualisierten Notfallwegweiser sogar ausdrücklich für die Krisenteams empfohlen. Wer aber soll die wichtige Präventionsarbeit leisten, wenn Lehrkräfte die dafür notwendige Zeit nicht bekommen und Schulsozialarbeit und Schulpsychologie nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung stehen? Es ist notwendig, dass sozial-emotionales Lernen in allen Lehrplänen und der Ganztagskonzeption ebenso wie der verantwortungsvolle Umgang mit Medien mitbedacht und umgesetzt wird und ja, auch dass es einen Personalschlüssel für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie gibt, deren Präventions- oder täterbezogene Arbeit nun mal auch Beziehungsarbeit ist. Ein Handyverbot ist zwar schön kostengünstig, wird die Probleme aber nicht lösen.

Insgesamt, schrieb die Landesregierung in einer kleinen Anfrage zur Gewalt an Schulen (Drucksache 20/2577), sei die Demokratiebildung ein wichtiger Baustein, um junge Menschen zu verantwortungsbewussten Bürgern zu erziehen, die aktiv an der Gesellschaft teilnehmen und sich gegen Gewalt und gruppenbezogene Menschlichkeit einsetzen. Gleichzeitig verordnet dieselbe Landesregierung den Grundschulen aber die Konzentration auf Basiskompetenzen (und zählt Demokratiekompetenzen nicht dazu), kürzt den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht in der Mittelstufe und reduziert die WiPo-Stunden in der Oberstufe. Ganztägige Anhörungen des Bildungsausschusses können helfen, die Situation zu verstehen. Verbessert werden kann sie nur durch das Handeln der Landesregierung.“